

Mündliche Anfragen

für die Fragestunden der 90. und 91. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 26. Februar und Freitag, dem 27. Februar 2015

1. Abgeordnete

**Barbara Schleicher-
Rothmund und
Ulla Brede-Hoffmann
(SPD)**

25-Millionen-Programm für Hochschulen

Vom Jahr 2015 an wird die Landesregierung den Hochschulen zur Verbesserung der Grundfinanzierung jährlich zusätzlich 25 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Wie die Mittel konkret eingesetzt werden, ist in Zielvereinbarungen zwischen dem Land und den Universitäten und Hochschulen festgeschrieben. Diese wurden am 23. Februar 2015 präsentiert und unterzeichnet.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche grundsätzlichen Ziele verfolgt die Landesregierung mit der Bereitstellung der zusätzlichen Mittel?
2. Nach welchen Kriterien erfolgt die Verteilung der zur Verfügung gestellten Mittel an die Hochschulen?
3. Welche Schritte werden durch die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen eingeleitet, um die Beschäftigungssituation für das Hochschulpersonal zu verbessern?
4. Wie werden die Karriereperspektiven von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern durch die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen weiterentwickelt?

2. Abgeordnete

**Michael Wäschenbach
und Hedi Thelen (CDU)**

Konsequenzen aus aktuellen Gerichtsentscheidungen gegen den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung Rheinland-Pfalz

Wie jetzt in der Presse berichtet worden ist (AZ vom 16. und 19. Februar 2015) hat der entlassene Geschäftsführer des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung Rheinland-Pfalz gegen seinen ehemaligen Arbeitgeber weitere Prozesse zur Gehaltsfortzahlung gewonnen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Kosten sind nach Kenntnis der Landesregierung für den MDK Rheinland-Pfalz durch die gerichtliche Auseinandersetzung mit seinem ehemaligen Geschäftsführer bisher entstanden?
2. Inwiefern sieht die Landesregierung nach den ergangenen Urteilen den erhobenen Vorwurf der Verschwendung von Versicherungsgeldern gegenüber dem MDK als berechtigt an?
3. Inwiefern sieht die Landesregierung nach den aktuell ergangenen Urteilen Anlass, rechtsaufsichtlich gegenüber dem MDK Rheinland-Pfalz tätig zu werden?
4. Wie reagiert die Landesregierung im Lichte der aktuell ergangenen Urteile auf die von den ehemaligen Verwaltungsratsvorsitzenden des MDK Rheinland-Pfalz erhobenen Dienstaufsichtsbeschwerden gegen den MDK Rheinland-Pfalz?

3. Abgeordnete

**Dr. Bernhard Braun,
Ruth Ratter,
Andreas Hartenfels
und Fred Konrad
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Weiterentwicklung des Biosphärenreservats Pfälzerwald-Nordvogesen

Anlässlich eines gemeinsamen Gesprächs haben Umweltministerin Ulrike Höfken und der Bezirksverband Pfalz ein gemeinsames Vorgehen bei der Weiterentwicklung des Biosphärenreservats Pfälzerwald-Nordvogesen vereinbart. Dabei sollen die Empfehlungen des MAB-Nationalkomitees im Rahmen der Evaluierung des deutschen Teils des grenzüberschreitenden Biosphärenreservates umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Aspekte wurden im Zuge der Evaluierung positiv vom MAB-Komitee hervorgehoben?
2. Zu welchen Handlungsfeldern sieht das MAB-Komitee Verbesserungsbedarf?
3. Sollen weitere Kernzonen ausgewiesen werden?
4. Welche Gefährdungen sieht das MAB-Komitee hinsichtlich der Fragmentierung großer zusammenhängender Waldgebiete?

4. Abgeordnete

**Christine Schneider
und Horst Gies (CDU)**

Anbauregelung im Weinbau

Im Rahmen der nationalen Umsetzung der neuen Anbauregelung für den Weinbau steht in Kürze die Änderung des Weingesetzes an. Dabei ist der Umfang der Zuteilung von neuen Pflanzgenehmigungen von entscheidender Bedeutung. Nächste Woche berät die Bund-Länder-Arbeitsgruppe über den jährlichen Prozentsatz für die neuen Genehmigungen.

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat am 26. Juni 2014 einstimmig beschlossen, dass der Prozentsatz für Neugenehmigungen auf 0,1 % festgelegt wird und eine regelmäßige Evaluierung stattfindet um auf Fehlentwicklungen reagieren zu können.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Position wird die Landesregierung in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe vertreten?
2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bisher unternommen, um die Beschlusslage des Landtages, dass der Prozentsatz für Neugenehmigungen auf 0,1 % festgesetzt wird, umzusetzen?
3. Welche Gespräche hat die Landesregierung bisher geführt, um Verbündete für die Position des Landtagsbeschlusses zu finden?

5. Abgeordneter

Martin Haller (SPD)

Öffentliches WLAN in Rheinland-Pfalz

Der Zugang zum Internet wird heute vielfach als Teil der Daseinsvorsorge angesehen. Gleichzeitig erhöht die Verfügbarkeit von schnellem und freiem Internet im öffentlichen Raum die Attraktivität von Städten und Kommunen und stellt dadurch einen entscheidenden Standortvorteil dar. In vielen deutschen Städten können Bürgerinnen und Bürger sowie Besucher deshalb bereits öffentliches WLAN nutzen. Auch in ausgewählten rheinland-pfälzischen Städten können Einwohner und Besucher seit Dezember 2013 öffentlich zugängliche Hotspots von Kabel Deutschland nutzen. So stehen in der Mainzer Innenstadt zwölf, in Trier und Ludwigshafen jeweils acht Hotspots von Kabel Deutschland zur Verfügung, über die pro Tag 30 Minuten kostenlos gesurft werden kann. Bundesverkehrsminister Dobrindt (CSU) hat aktuell angeregt, dass deutsche Behörden in Zukunft kostenfreies öffentliches WLAN rund um die Dienstgebäude anbieten sollen, um so ein dichtes WLAN-Netz in den Städten und Kommunen zur Verfügung zu stellen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Verfügbarkeit von öffentlichem WLAN in Rheinland-Pfalz?
2. In welchen Städten und Gemeinden von Rheinland-Pfalz gibt es nach Erkenntnissen der Landesregierung bereits öffentliches WLAN?
3. Gibt es Pläne der Landesregierung, die Verfügbarkeit von öffentlichem WLAN in rheinland-pfälzischen Städten und Kommunen auszubauen?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Möglichkeit, in und um Dienstgebäude der Landesregierung öffentliches WLAN zur Verfügung zu stellen?

6. Abgeordnete
Martin Brandl und
Christian Baldauf (CDU)

Initiativen für den Mittelstand: Forderungen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft an die Landespolitik

Wir fragen die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Positionen des am vergangenen Freitag, dem 20. Februar 2015, vorgestellten 9-Punkte-Papiers der vier rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern?
2. Welche der geforderten Maßnahmen gedenkt die Landesregierung umzusetzen?
3. In welchem Zeitrahmen wird die Landesregierung mit der Umsetzung der geforderten Maßnahmen beginnen?
4. Inwiefern betrachtet die Landesregierung die Umsetzung der Forderungen als notwendig, um die rheinland-pfälzische Wirtschaft zu stärken?

7. Abgeordneter
Dr. Bernhard Braun
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rheinland-Pfalz beim Ausbau der Windenergie auf hervorragendem Weg

Das Jahr 2014 war im Hinblick auf den Ausbau von Windenergieanlagen äußerst erfolgreich. Aus der jüngsten Statistik der Deutschen Windguard geht hervor, dass nie zuvor so viele und leistungsstarke Windenergieanlagen installiert wurden. Bundesweit wurden über 1 700 Windenergieanlagen mit einer installierten Leistung von 4,7 Gigawatt neu errichtet. Mit einem Zubau von 168 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 463 Megawatt belegte Rheinland-Pfalz dabei noch vor Bayern Platz vier unter den Ländern.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Zubau der Windenergie in Rheinland-Pfalz im Jahr 2014?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Steigerung der Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz, die durch den Ausbau der Windenergie entsteht?
3. Wie beurteilt die Landesregierung den Ausbaupfad bei der Windenergie im Hinblick auf die energiepolitischen Zielsetzungen für das Jahr 2030?
4. Sieht die Landesregierung den weiteren Ausbaupfad der Windenergie in Rheinland-Pfalz durch die Energiepolitik des Bundes gefährdet?

8. Abgeordnete
Astrid Schmitt und
Michael Hüttner (SPD)

Stand der Revision der Regionalisierungsmittel

Mit der Bahnreform der frühen Neunziger-Jahre ist der öffentliche Personennahverkehr in die Zuständigkeit der Länder überführt worden. Seitdem zahlt der Bund nach dem Regionalisierungsgesetz Mittel an die Länder aus, mit denen sie vorrangig den Schienenpersonennahverkehr finanzieren. Derzeit liegen auf Bundesebene gegenläufige Entwürfe der Bundesregierung und des Bundesrats vor. Der Verkehrsausschuss des Bundestags führte zu beiden Entwürfen am 23. Februar 2015 eine Anhörung durch.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung von den Positionen, die die Anzuhörenden jeweils vertreten haben?
2. Wie haben sich die Bundestagsfraktionen nach Kenntnis des Ministeriums positioniert?
3. Was hat die rheinland-pfälzische Landesregierung bisher unternommen, um die Fortzahlung der Regionalisierung durch den Bund sicherzustellen?
4. Welchen Gang wird das weitere Verfahren beim Bund nun nehmen und welche Einflussmöglichkeiten sieht die Landesregierung auf den weiteren Prozess?

9. Abgeordnete
Martin Brandl und
Christian Baldauf (CDU)

Öffentlichkeitskampagne der Landesregierung zur Fachkräftesicherung in Rheinland-Pfalz

In den vergangenen Wochen wurden in rheinland-pfälzischen Medien verstärkt Anzeigen im Rahmen Öffentlichkeitskampagne zur Fachkräftesicherung der Landesregierung geschaltet.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Wirkung will die Landesregierung mit dieser Kampagne erzielen?
2. In welchem Ausmaß und in welchen Ländern sollen die Materialien der Kampagne eingesetzt werden?
3. Inwiefern unterscheidet sich das finanzielle Budget für den Einsatz der Werbemittel je nach Verbreitungsgebiet?
4. Über welche Medien sollen die Botschaften der Kampagne kommuniziert werden?

10. Abgeordnete
Simone Huth-Haage und
Bettina Dickes (CDU)

Sprachförderung an Kindertagesstätten und Schulen

Am 30. Januar 2015 stellte Ministerin Alt die Sprachfördermaßnahmen für das laufende Jahr in Kindertagesstätten vor.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Sprachförderausgaben des Landes in Kindertagesstätten und Schulen für die Jahre 2013 bis 2015 entwickelt?
2. Wie hat sich im gleichen Zeitraum die Zahl der aus dem Ausland zugezogenen Kinder und Jugendlichen in Kindertagesstätten und Schulen entwickelt?
3. An wie vielen Kindertagesstätten wurde in 2014 bzw. 2015 die Sprachförderung gekürzt?
4. Bleibt die Landesregierung bei der Position, die Ministerin Reiß am 7. Januar 2015 gegenüber der Rheinzeitung geäußert hat, dass es aktuell keine Notwendigkeit für zusätzliche Sprachförderung an Schulen gäbe?

11. Abgeordnete
Fredri Winter und
Michael Hüttner (SPD)

Tourismus-Entwicklung in 2014

Nach aktuellen Angaben des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz (Pressemeldung vom 9. Februar 2015) verzeichneten die Tourismusbetriebe einschließlich der Campingplätze im Jahr 2014 ein Gäste- und Übernachtungsplus.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Entwicklung der Übernachtungszahlen in 2014?
2. In welchen Monaten wurde im vergangenen Jahr das höchste Gästeaufkommen verzeichnet?
3. Wie schätzt die Landesregierung generell die touristische Entwicklung in Rheinland-Pfalz in 2015 ein?

12. Abgeordnete

Anna Neuhoﬀ
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rheinland-Pfalz kämpft für das Gemeinschaftsforstamt in Berlin

Im Dezember 2013 kritisierte das Kartellamt die gebündelte Holzvermarktung im Land Baden-Württemberg. Das Bundeskartellamt fordert eine Trennung der Nadelstammholzvermarktung zwischen dem Staatswald sowie dem Kommunal- und Privatwald ab einer Betriebsfläche von 100 Hektar. Außerdem betrachtet das Kartellamt auch vorgelagerte forstwirtschaftliche Tätigkeiten, wie die betriebliche Planung, das Auszeichnen von Durchforstungsbeständen oder die technischen Vorgänge der Rundholzbereitstellung im Wald, als Teil des Verkaufsprozesses. Bei einer Übertragung dieser Sichtweise auf Rheinland-Pfalz wäre die Arbeit der Gemeinschaftsforstämter einschließlich der Beförderung in der Fläche durch die Revierleiterinnen und Revierleiter in der bisherigen Weise gefährdet.

Um die gewachsenen länderspezifischen Strukturen der Waldbewirtschaftung im Sinne aller Waldbesitzenden für die Zukunft zu sichern, hat die rheinland-pfälzische Landesregierung in der Agrarministerkonferenz eine Änderung des Bundeswaldgesetzes angestoßen. Vor diesem Hintergrund lud Landesforstministerin Ulrike Höfken am 3. Februar 2015 unter der Überschrift „Forstwirtschaft und Kartellrecht – Unser Wald zwischen Wettbewerb und Daseinsfürsorge“ zum parlamentarischen Abend in die Landesvertretung Rheinland-Pfalz nach Berlin ein.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Schlussfolgerungen zieht das Land aus dem genannten parlamentarischen Abend, an dem sich zahlreiche Teilnehmer aus der Politik und der Verwaltung sowie Branchenexperten beteiligt haben, in Bezug auf das Kartellverfahren in Baden-Württemberg?
2. Welche Bedeutung hat das Gemeinschaftsforstamt in Rheinland-Pfalz für den Schutz der Wälder und deren naturnahe Bewirtschaftung?
3. Welche Änderungen im Bundeswaldgesetz sind aus Sicht des Landes notwendig, um die bewährten Strukturen der Waldbewirtschaftung im Land auch weiterhin zu sichern?
4. Welche aktuellen Kenntnisse hat das Land zu dem laufenden Kartellverfahren gegen Baden-Württemberg bzw. einem möglichen ähnlichen Verfahren gegen Rheinland-Pfalz?

13. Abgeordneter

Dr. Axel Wilke (CDU)

Islamisten im Strafvollzug

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Insassen rheinland-pfälzischer Justizvollzugseinrichtungen stehen im Verdacht, islamistischen Organisationen anzugehören oder zumindest nahe zu stehen oder vertreten aktiv islamistisches Gedankengut?
2. Wie gewährleistet der rheinland-pfälzische Justizvollzug, dass in den Justizvollzugseinrichtungen des Landes nicht islamistische Extremisten, wie schon in anderen Bundesländern geschehen, ihr Gedankengut unter anderen Gefangenen verbreiten?
3. Wer überprüft die religiöse Ausrichtung islamischer Geistlicher, welche Seelsorge für muslimische Insassen in rheinland-pfälzischen Justizvollzugseinrichtungen betreiben?
4. Wie werden die Justizvollzugsbediensteten in Aus- und Fortbildung im Umgang mit islamistischen Extremisten geschult?

14. Abgeordnete

**Dr. Denis Alt und
Thomas Wansch (SPD)**

Haushaltsabschluss 2014

Die Landesregierung hat vor kurzem den vorläufigen Abschluss des Haushaltsjahres 2014 vorgelegt. Im Hinblick auf die Umsetzung der Schuldenregel und einen strukturell neuverschuldungsfreien Landeshaushalt ab 2020 informiert der Haushaltsabschluss über den Fortgang des Konsolidierungsprozesses des Landeshaushalts, den die rot-grüne Koalition seit 2011 verfolgt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Entwicklung weist das strukturelle Defizit in 2014 gegenüber dem Vorjahr und im Verhältnis zur Finanzplanung resp. zum 2011 festgelegten Konsolidierungspfad bis 2020 auf?
2. Wie hat sich die tatsächliche Nettokreditaufnahme des Landes gegenüber der geplanten Nettokreditaufnahme und gegenüber dem Vorjahr entwickelt?
3. Wie haben sich die Steuereinnahmen und die Zinsausgaben im Jahr 2014 im Vergleich zu dem Vorjahr entwickelt?
4. Was sind nach Auffassung der Landesregierung die hauptsächlichen Herausforderungen bei der Einhaltung des Konsolidierungspfades in den kommenden Jahren?

15. Abgeordnete
Bettina Dickes und
Martin Brandl (CDU)

Situation von Vertretungslehrkräften zu Beginn des neuen Schulhalbjahres

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Vertretungslehrkräfte waren bis zum 31. Januar 2015 bzw. nach dem 1. Februar 2015 an den rheinland-pfälzischen Schulen tätig?
2. Wie viele Vertretungslehrkräfte verfügen über einen abgeschlossenen Master of education bzw. einen erfolgreich abgeschlossenen Vorbereitungsdienst?
3. Wie viele Vertretungslehrkräfte wurden nach dem Schulhalbjahreswechsel mit einer sechs monatigen Einstellungssperre versehen?
4. Welche rechtliche Grundlage liegt der Einstellungssperre für Vertretungslehrkräfte zugrunde?

16. Abgeordnete
Daniel Köbler,
Jutta Blatzheim-Roegler,
Gunther Heinisch und
Dr. Dr. Rahim Schmidt
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sperrung der Schiersteiner Rheinbrücke

Die Schiersteiner Rheinbrücke im Verlauf der A 643 ist am 11. Februar 2015 nach der Feststellung von Rissen im Bauwerk für den Gesamtverkehr gesperrt worden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Liegen der Landesregierung abschließende Kenntnisse zur Ursache des Risses vor?
2. Ist aus Sicht der Landesregierung der aktuelle Schaden auf Versäumnisse bei der Instandhaltung des Brückenbauwerks zurückzuführen?
3. Ist aus Sicht der Landesregierung der aktuelle Schaden auf einen vermeidbaren Planungsrückstand bzgl. des Ersatzneubaus der Rheinbrücke zurückzuführen?
4. Sind der Landesregierung Einsprüche oder Proteste gegen den Ersatzneubau der Rheinbrücke von Seiten politischer Parteien oder Bürgerinitiativen bekannt?

17. Abgeordneter
Marcus Klein (CDU)

Ergebnisse der USA-Reise von Innenminister Lewentz

Vor einigen Tagen hatte Innenminister Lewentz nach seiner Rückkehr aus den USA über die „Erfolge“ seiner Reise bezüglich der Stationierung US-amerikanischer Truppen in Rheinland-Pfalz berichtet.

In der Rheinpfalz vom 11. Februar 2015 wurde nun zutreffend darauf hingewiesen, dass der Minister verschwiegen habe zu erwähnen, dass seine verkündeten Informationen zu Truppenverlagerungen nicht neu seien. Schon Anfang des Jahres haben die US Streitkräfte dazu detailliert die Öffentlichkeit informiert. Zudem seien diese Pläne noch nicht definitiv beschlossen und sollen, wenn überhaupt, erst in den nächsten sieben Jahren umgesetzt werden. Nach Aussage des Sprechers des US-Hauptquartiers könne sich in diesem Zeitraum noch vieles ändern.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass die meisten der in der Presse von Innenminister Lewentz verkündeten Ergebnisse seiner USA-Reise bereits vorher durch die US Streitkräfte öffentlich bekannt gemacht waren?
2. Welche neuen Erkenntnisse hat die Landesregierung aus ihrer Reise bezüglich der Truppenstationierung US-amerikanischer Streitkräfte gewonnen?
3. Welchen konkreten Einfluss hatten nach Ansicht der Landesregierung die jährlichen Reisen des Innenministers – insbesondere die letzte Reise – auf die Entscheidung zu den angekündigten Truppenverlagerungen?
4. Welche Ergebnisse hat Minister Lewentz bei seinen Gesprächen in den USA zu weiteren Themen erzielt, beispielsweise im Zusammenhang mit Belastungen durch Fluglärm, dem jüngsten Abbau von Zivilbeschäftigten bei der US Army oder der möglichen Rückgabe frei gewordener militärischer Liegenschaften?

18. Abgeordnete**Guido Ernst und
Brigitte Hayn (CDU)****Modellversuch „selbstverantwortliche Schule“**

Nach Aussagen von Staatssekretär Beckmann im Bildungsausschuss vom 17. Juli 2014 läuft die Frist zur Teilnahme an dem Modellversuch zum Ende des ersten Schulhalbjahres 2014/2015 aus.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Schulen haben sich verbindlich für den Modellversuch angemeldet?
2. Welche Festlegung hat die Landesregierung hinsichtlich der teilnehmenden Schulen bereits getroffen?
3. Welche Themenfelder haben die teilnehmenden bzw. in der Bewerbung stehenden Schulen gewählt?
4. Wie werden sich die Budgets der teilnehmenden Schulen bzw. der in der Bewerbung stehenden Schulen konkret zusammensetzen?

19. Abgeordnete**Elisabeth Bröskamp
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****NORAH-Kinderstudie**

In der NORAH-Kinderstudie wurden die Wirkungen chronischer Fluglärmbelastung auf Leseleistung und sprachliche Vorläuferfertigkeiten des Lesens sowie auf die Lebensqualität bei Grundschulkindern im Rhein-Main-Gebiet untersucht.

Im Frühjahr 2012 wurden Leistungserhebungen in 85 Schulklassen aus 29 unterschiedlich fluglärmbelasteten Grundschulen im Rhein-Main-Gebiet sowie Befragungen der Kinder, Eltern und Lehrkräfte durchgeführt. Die Befragungen der Kinder und die Fragebögen der Eltern bezogen sich auf das schulische, körperliche und psychische Wohlbefinden sowie auf schulbezogene und wohnortbezogene Belästigung durch Lärm.

Die Dauerschallpegel an Schulvormittagen lagen im Mittel bei 49,5 dB (39 bis 59 dB).

Als Ergebnis zeigten sich beeinträchtigende Effekte der Fluglärmexposition am Schulstandort auf die Leseleistung der Kinder.

Aufgrund der fortwährenden Lärmbelastung für die Anwohner im Rhein-Main-Gebiet, gewinnen die Ergebnisse der Studie an Aktualität.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung aufgrund dieser Erkenntnisse den Einfluss von Flug-, Schienen- und Verkehrslärm auf die Schulleistung von Schülerinnen und Schülern in Rheinland-Pfalz?
2. Wie erklärt sich die Landesregierung die unterschiedlichen Ergebnisse bezüglich Kindern mit und ohne Migrationshintergrund?
3. Wie bewertet die Landesregierung das Ergebnis der Studie, dass sowohl die Schlafqualität als auch das körperliche und psychische Wohlbefinden von Menschen in hochfluglärmexponierten Wohngebieten negativ auffällig ist?
4. Welche Konsequenzen und Maßnahmen plant die Landesregierung angesichts des Befunds, dass bei Kindern aus hochfluglärmexponierten Wohngebieten häufiger eine gesundheitliche Beeinträchtigungen festgestellt wurden?

20. Abgeordnete**Marion Schneid und
Adolf Kessel (CDU)****Vollverschleierung an rheinland-pfälzischen Schulen**

Die aktuelle Diskussion zur Zulässigkeit der Vollverschleierung betrifft auch den Alltag der rheinland-pfälzischen Schulen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist eine Vollverschleierung an rheinland-pfälzischen Schulen zulässig?
2. Welche Formen der Verschleierung sind nach Ansicht der Landesregierung an rheinland-pfälzischen Schulen zulässig, um eine ordnungsgemäße Teilnahme am Unterricht gewährleisten zu können?
3. Welches Kenntnis hat die Landesregierung über verschleierte Schülerinnen in Rheinland-Pfalz?

21. Abgeordnete
Hedi Thelen und
Martin Brandl (CDU)

Haltung der Landesregierung zur Umsetzung des Mindestlohngesetzes

Das Praxisgespräch Mindestlohn der CDU-Landtagsfraktion im Mainzer Landtag hat bestätigt, dass die Regelungen zum Mindestlohn in der Anwendung erhebliche bürokratische Probleme mit sich bringen, und dass das dringend korrigiert werden muss. Dem gegenüber hat die Landesregierung z. B. in der Landtagssitzung vom 29. Januar 2015 entsprechende Forderungen in einem Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 16/4508) zurückgewiesen. Fragen zu Umsetzungsproblemen würden hochgeschaukelt, so Sozialministerin Bätzing-Lichtenthäler.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwieweit ist die Landesregierung nach wie vor der zuletzt von Frau Sozialministerin Bätzing-Lichtenthäler vertretenen Meinung, dass die Dokumentationspflichten zur Umsetzung des Mindestlohngesetzes der effektiven Durchsetzung des Mindestlohns und der Rechtssicherheit dienen?
2. Inwieweit ist die Landesregierung nach wie vor der zuletzt von Frau Sozialministerin Bätzing-Lichtenthäler vertretenen Meinung, dass die Dokumentationspflichten hinsichtlich der Stundenzahlen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung extrem wichtig seien?
3. Inwieweit ist die Landesregierung nach wie vor der zuletzt von Frau Sozialministerin Bätzing-Lichtenthäler vertretenen Meinung, dass ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand bei der Umsetzung des Mindestlohngesetzes für den Mittelstand nicht nachgewiesen sei?
4. Inwieweit ist die Landesregierung nach wie vor der zuletzt von Frau Sozialministerin Bätzing-Lichtenthäler vertretenen Meinung, dass eine zeitnahe Evaluierung der Umsetzung des Mindestlohngesetzes nicht sachgerecht und zielführend sei?

22. Abgeordnete
Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ergebnisse der Online-Umfrage zur Lebenssituation von LSBTTI in Rheinland-Pfalz

Das Ministerium für Integration, Familie, Kinder und Frauen hat unter dem Titel „Guten Tag, wie geht es Ihnen?“ in einer Online-Studie Daten zur Lebenssituation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen (LSBTTI) in Rheinland-Pfalz erhoben. Dabei wurden insbesondere Fragen zur Akzeptanz und zu eventuellen Diskriminierungserfahrungen der jeweiligen sexuellen Identität gestellt, sowohl bezogen auf das private wie das berufliche Umfeld der Befragten. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde auch die Möglichkeit gegeben, Wünsche und Vorschläge zu äußern.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse der Onlinestudie zur Lebenssituation von LSBTTI?
2. In welchen Lebensbereichen sieht die Landesregierung besonderen Handlungsbedarf?
3. Die Umfrage ergibt eine stärkere Benachteiligung von Trans*Menschen im Vergleich zu anderen Identitätsgruppen. Was unternimmt die Landesregierung, um dem entgegenzuwirken?
4. Die Untersuchung hat ergeben, dass eines der zentralen Anliegen der Befragten eine stärkere Aufklärungs- und Qualifizierungsarbeit der Beschäftigten in Regeleinrichtungen (z. B. Kitas) ist. Mit welchen Mitteln will die Landesregierung auf dieses Ziel hinwirken?

23. Abgeordneter
Dr. Peter Enders (CDU)

Aktuelle Situation von Blutspende und Blutversorgung in Rheinland-Pfalz

Aktuell wird verstärkt über die Auswirkungen der Grippewelle auf die Situation von Blutspende und Blutversorgung in Rheinland-Pfalz diskutiert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie wirkt sich die Grippewelle aktuell auf die Blutspende in Rheinland-Pfalz aus, differenziert nach den vorhandenen Blutspendeinrichtungen?
2. Wie stellt sich die Versorgungslage mit Blut in Rheinland-Pfalz aktuell dar?
3. Inwieweit sind Engpässe bei der Blutversorgung in Rheinland-Pfalz zu befürchten?